

Pressemitteilung

Zumeldung zu dpa-Meldung: Habeck für „Augenmaß“ bei Regulierung von PFAS-Chemikalien

Baden-württembergische Wirtschaft begrüßt, dass sich nun auch Bundeswirtschaftsminister Habeck gegen ein pauschales PFAS-Verbot in der EU ausspricht

Barta: „Wir stehen gerne bereit, den Wirtschaftsminister dabei zu unterstützen, zu einer vernünftigen europäischen Lösung zu kommen“

03.08.2023

STUTTGART – Ein umfassendes Verbot sogenannter PFAS-Chemikalien in der Europäischen Union würde die Energie- und Mobilitätswende nach Auffassung der baden-württembergischen Wirtschaft grundsätzlich in Frage stellen. „Ein undifferenziertes Verbot von PFAS hätte massive Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen. Insbesondere Hochtechnologie-Anwendungen wären ohne den Einsatz bestimmter PFAS nicht mehr möglich, so dass ein Erreichen der europäischen und nationalen Klimaziele unmöglich würde“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Dachverbands Unternehmer Baden-Württemberg (UBW), Oliver Barta, am Donnerstag in Stuttgart. „Gerade bei der Herstellung von Brennstoffzellen, Halbleitern oder Lithium-Ionen-Batterien sind wir auch in Zukunft auf PFAS angewiesen“, machte er deutlich.

Barta begrüßte, dass auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck diese Position teile und sich nun ebenfalls gegen ein pauschales PFAS-Verbot in der EU ausgesprochen habe. „Wir stehen gerne bereit, den Wirtschaftsminister dabei zu unterstützen, zu einer vernünftigen europäischen Lösung zu kommen“, sagte der UBW-Hauptgeschäftsführer. „Natürlich muss auch bei PFAS das Ziel sein, risikobehaftete Stoffe durch andere Substanzen zu ersetzen und Emissionen in die Umwelt zu verhindern, beispielsweise durch strikte Entsorgungsregelungen“, bemerkte Barta. „Der aktuell auf europäischer Ebene diskutierte Beschränkungsvorschlag ist aber viel zu breit gefasst.“ Eine Differenzierung der mehr als 10.000 PFAS-Stoffe, die sehr unterschiedliche Risikoprofile haben, sei darin schlicht nicht erkennbar, so Barta.